

FBP-TERMINE

FBP
LIECHTENSTEIN

FBP Vaduz
Quartiergespräche Vaduz-Nord

Wann
Mittwoch, 4. Oktober,
19 Uhr

Wo
Landgasthof Mühle, Vaduz

FBP Ruggell
Feierabendbier mit Führung
in der Kulturgütersammlung

Wann
Freitag, 6. Oktober, 17 Uhr

Wo
Kulturgütersammlung im
Gemeindewerkhof, Ruggell

FBP Eschen-Nendeln
Jahresversammlung

Wann
Donnerstag, 26. Oktober,
18.30 Uhr

Wo
Amarela Weinhandlung,
Wingertstrasse 8, Eschen,
Parkplätze beim Schulzent-
rum benutzen

Was
Jahresversammlung;
Imbiss und gemütliches
Beisammensein

Kontakt

E-Mail: info@fbp.li
Internet: www.fbp.li



Polizei sucht Zeugen
Täterschaft nach
Einbruch geflüchtet

VADUZ In Vaduz ist es am Montag zu einem Einbruchdiebstahl gekommen. Wie die Landespolizei am Dienstag mitteilte, verschafften sich zwei unbekannte Täter um kurz nach 11.30 Uhr über eine Balkontür Zutritt zu einem Einfamilienhaus. Als die Bewohnerin nach Hause kam, waren beide Täter im Haus, traten aber sogleich die Flucht über den Einstiegsort an. Eine sofort eingeleitete Fahndung der Landespolizei blieb ohne Erfolg. Es entstand Sach- sowie Vermögensschaden in unbekannter Höhe. «Eine Person war weiblich, trug eine graue Hose und ein dunkles Oberteil. Zur zweiten Person sind ausser der dunklen Kleidung keine Details bekannt», beschreibt die Landespolizei die Täter. Personen, die Hinweise zur Täterschaft machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei (Tel. 236 71 11, E-Mail: info@landespolizei.li) zu melden. (red/lpfl)

Reformbereit: Gesundheitssystem gemeinsam weiterentwickeln

Gestartet Sämtliche Berufsgruppen und Akteure des Gesundheitswesens zu Wort kommen lassen, Entwicklungen aufzeigen und Erwartungen hinsichtlich allfälliger Reformen formulieren: Das sind die Ziele des neuen Impulsseminars der UFL.

VON HANNES MATT

Die Initiantin des Programms ist die Regierung, welche die Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL) beauftragt hat, die Seminare durchzuführen. Diese ist seit über zehn Jahren als wissenschaftliche Institution im Gesundheitssektor etabliert und versteht sich diesbezüglich als Thinktank sowie politisch neutraler Begleiter des Seminars. Dieses umfasst insgesamt zwölf Anlässe, die bis Juni 2018 regelmässig stattfinden und die bis auf die Workshops für jedermann zugänglich sind. Im Vordergrund: Dabei werden sämtliche Berufsgruppen und Akteure des Gesundheitssystems in Liechtenstein einbezogen. «Das war auch der ganz klare Wunsch des Gesundheitsministers Mauro Pedrazzini», wie Projektleiter Prof. Bernhard Güntert an der Pressekonferenz vor dem Seminaurauftritt mitteilte. So wurden im Vorfeld mit den Leistungserbringerverbänden sowie den im Gesundheitswesen aktiven Institutionen Vorgespräche geführt und ihre Bereitschaft abgefragt, aktiv am Seminar teilzunehmen. «Dies wurde eigentlich von allen Akteuren positiv aufgenommen – gerade auch entgegen der Verwerfungen der Vergangenheit», so Güntert, der sich gleichzeitig in der Rolle des Moderators, aber auch Mediators sieht – denn: «Es wird sicherlich auch Konflikte und unterschiedliche Meinungen geben.»

Probleme und Zukunftsmodelle

Der Ablauf des Seminars: In Fachvorträgen der Berufsgruppen mit anschliessender Diskussion sollen konkrete, von den jeweiligen Vortragenden eingebrachte Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens bearbeitet und besprochen werden. Dabei sollen sowohl konkrete Problemfelder als auch Initiativen und Zukunftsmodelle bearbeitet werden, welche von der Politik und den Leistungserbringern vorangetrieben werden, um Mängel zu beseitigen, die Qualität zu verbessern und eine langfristig hochstehende, aber auch bezahlbare Versorgung sicherzustellen.



Informierten über das Impulsseminar: Projektleiter Prof. Bernhard Güntert und UFL-Rektorin Barbara Gant. (Foto: P. Trummer)

len. «Grundsätzlich kann man sagen, dass Liechtenstein ein sehr gutes Gesundheitssystem hat – mit sehr guter Versorgung der Bevölkerung sowie Zugang zu den Leistungen – auch wenn man als Kleinstaat dabei aufs Ausland angewiesen ist», wie Bernhard Güntert weiter ausführte. Gerade deshalb sei die Erwartungshaltung bezüglich des Gesundheitssystems auch besonders gross. An deren direkten Finanzierung müsse sich die Bevölkerung – im Vergleich zu anderen Ländern – aber weniger beteiligen.

«Der ganz klare Wunsch des Gesundheitsministers: Alle Akteure werden involviert!»

BERNHARD GÜNTERT
PROJEKTL EITUNG

Mehrere Umbrüche zeichnen sich ab
Dass das Gesundheitssystem überdacht werden muss, kommt nicht von ungefähr: Die vielfältigen Herausforderungen sind längst bekannt – seien es kulturelle, technologische, wirtschaftliche oder demografische Umbrüche. «So weisen gerade die Altersstruktur und demensprechende Prognosen stark darauf hin, dass der Bedarf an Gesundheitsleistungen massiv zunehmen wird», erklärt der Professor. «Gerade auch mit

Blick auf die schon heute in ganz Europa problematisch gewordenen Ressourcen bei medizinischen Fachkräften führt eigentlich kein Weg daran vorbei, das jetzige Gesundheitssystem anzupassen.» Gerade im Bereich der Grundversorgung weist Liechtenstein in-

des im internationalen Vergleich eine relativ hohe Versorgungsdichte und Inanspruchnahme von Leistungen auf. So sei gerade die Zentralisierung von Gesundheitsleistungen Thema, wie Güntert ergänzt – und damit die Frage, ob es aus wirtschaftlichen sowie Qualitätsgründen sinnvoll ist. Natürlich soll auch angesprochen werden, was getan werden könnte, um die Versorgungslast oder die bereits hohe Nachfrage nach Gesundheitsleistungen zu reduzieren.

Digitalisierung anstossen

Weiter können auch Entwicklungen aus dem Ausland Inputs für die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems liefern. Beispielsweise, dass sich die Digitalisierung auch im Ge-

sundheitswesen durchsetzt und neue Möglichkeiten bietet – sei es in der Leistungskoordination oder der Vernetzung der Akteure. Gerade hier hinke Liechtenstein noch etwas hintendrein. Zudem versprechen neue medizinische Erkenntnisse eine höhere Effektivität der Versorgung sowie eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung. So ist es das Ziel des Seminars, die verschiedenen Entwicklungstrends und Möglichkeiten mit den jeweiligen Berufsgruppen und Einrichtungen zu diskutieren und diese schlussendlich an liechtensteinische Verhältnisse anzupassen.

Alle sollen mitwirken

Am gestern gestarteten Seminar sind neben den im Gesundheitswesen tätigen Personen natürlich alle Interessierten herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Die Termine der Seminarabende sind auf der UFL-Homepage unter www.ufl.li einsehbar und werden jeweils im Vorfeld der Veranstaltungen kommuniziert. Die Resultate der Vorträge und Diskussionen sollen dann auch im Rahmen einer Seminardokumentation zusammengefasst und veröffentlicht werden.

Dublin-Haft wegen «erheblicher Fluchtgefahr» notwendig

Anpassung Das Ausländer- sowie weitere Gesetze sollen geändert werden, um neben der endgültigen Umsetzung der EU-Rückführungsrichtlinie etwa die sogenannte «Dublin-Haft» oder die Überwachung von Ausschaffungen neu zu regeln.

VON DANIELA FRITZ

Im laufenden Jahr verliessen 41 Personen im Rahmen einer Wegweisung kontrolliert das Land, wie das Ausländer- und Passamt (APA) auf «Volksblatt»-Anfrage informiert. Meistens werde die Person dabei vom Kommissariat Sonderdelikte der Landespolizei entweder zum Flughafen oder – im Falle der Schweiz, Österreich und teils auch Deutschland – zum Überstellungsort begleitet. «Die Polizei stellt sicher, dass die Person die Rückreise antritt oder sicher an die Behörden des aufnehmenden Dublin-Staates übergeben wird», führt Christian Blank, Leiter Asyl beim APA, aus. Gemäss dem Bericht und Antrag (BuA) zur

Gesetzesänderung plant Liechtenstein, künftig auch Dritte mit der Überwachung von Ausschaffungen zu betrauen. Dabei gehe es insbesondere um die Überwachung von Sonderflügen in einen Drittstaat, welche in der Praxis gemäss BuA bisher nie nötig waren. Welche Organisationen dafür infrage kämen, werde derzeit abgeklärt, informiert Blank. «Es wird versucht, eine unabhängige Institution zu finden, die bereits Erfahrungen auf dem Gebiet des Rückführungsmonitorings hat. Wo möglich sollen Kooperationen mit Nachbarstaaten ins Leben gerufen oder genutzt werden.»

Untertauchen verhindern

Ebenso häufig wie kontrollierte Ausweisungen kam es 2017 allerdings auch vor, dass Asylsuchende untertauchten (43 Personen). Um dies insbesondere bei Rückstellungen in andere Dublin-Staaten zu verhindern, sieht die Regierung eine Anpassung vor. Die bisherige Regelung habe sich als zu wenig praktikabel erwiesen und habe vor allem bezüglich der Haftdauer für Unklarheiten gesorgt. «In der Praxis hat sich gezeigt, dass die sogenannte Dublin-Haft notwendig ist, um Personen in einen

anderen Dublin-Staat zu überstellen, da wegen früheren, mehrfachen Untertauchens eine erhebliche Fluchtgefahr bestand», betont die Regierung im BuA. Für die Inhaftnahme müssten aber konkrete Anzeichen für ein Untertauchen vorliegen. Für Personen, welche sich im Rahmen des Dublin-Verfahrens in Haft befinden, soll es zudem spezielle Bedingungen geben. So darf etwa die Dauer der Vorbereitungsphase sieben Wochen nicht überschreiten. Während des Remonstrationsverfahrens soll die Haftdauer längstens fünf Wochen dauern. Nach einem Unzulässigkeitsentscheid darf die Ausschaffungshaft höchstens sechs Wochen dauern. In der Regel dauert Letztere in Dublin-Fällen zwar nur wenige Tage, schreibt die Regierung im BuA. Wenn ein Asylsuchender jedoch nicht kooperiert und die Wegweisung damit verzögere oder verhindere, solle eine erneute Haft möglich sein, welche nochmals sechs Wochen dauere und notfalls um drei Monate verlängert werden kann. «Ohne diese Regelung könnte eine betroffene Person durch renitentes Verhalten das Dublin-Verfahren vollständig unterlaufen, ohne dass der betroffene Staat Gegen-



Der Landtag wird sich in der heute beginnenden Oktober-Sitzung mit dem Ausländergesetz befassen. (Foto: MZ)

massnahmen ergreifen könnte», begründet die Regierung. Die Revision sieht zudem weitere Änderungen vor, die sich in den letzten Jahren als Amtspraxen konkretisiert haben und neu im Gesetz normiert werden. Beispielsweise wäre gemäss BuA eine Haftanordnung dann zulässig, sofern sie verhältnismässig sei und sich weniger einschneidende Massnahmen nicht wirksam anwenden lassen – dies werde laut der Regierung in der Praxis bereits so gehandhabt und soll nun im Gesetz verankert werden, um die Betroffenen zusätzlich zu schützen.

ANZEIGE

Safeshop24
Das Fachgeschäft für Sicherheit in Liechtenstein

Einbruchschutz
Brandschutz
Kostenlose Beratung

Eschner Strasse 81 | FL - 9487 Bendern | Telefon: +423 371 16 16
www.safeshop24.li

ARGUS, Medaco, sauter, Hilti, Hilti, Hilti